

# 1 **Humanität und Rechtsstaatlichkeit in Hamburg: Irreguläre** 2 **Migration reduzieren, Rechtsstaat durchsetzen, Integration** 3 **verbessern**

4  
5 In der vergangenen Woche hat der Senat erklärt, dass die Messehallen wieder für die  
6 Unterbringung von Geflüchteten eingesetzt werden sollen. Wie viele andere Städte und  
7 Gemeinden kommt Hamburg angesichts der anhaltend hohen Zahl von Geflüchteten und  
8 Migranten an seine Belastungsgrenze. Hamburg ist eine weltoffene Stadt und zahlreiche  
9 Menschen haben in den letzten Jahren oft ehrenamtlich großartige Unterstützung geleistet.  
10 Zuletzt hat bei vielen aber auch ein Gefühl der Überforderung zugenommen. Die  
11 Integrationsinfrastruktur ist am Limit, was zu gesellschaftlichen Spannungen führt und den  
12 Geflüchteten selbst nicht gerecht wird.

13  
14 Als Freie Demokraten setzen wir auf Humanität und Rechtsstaatlichkeit. Wir wollen Menschen,  
15 die in ihrer Heimat verfolgt werden oder vor Krieg flüchten, schnell und unbürokratisch helfen.  
16 Das bedeutet gleichzeitig, dass diejenigen, die keinen Anspruch auf Asyl oder subsidiären  
17 Schutz haben, Deutschland wieder verlassen müssen.

18  
19 Zudem setzen wir uns für reguläre Einwanderung in den Arbeitsmarkt ein. Deswegen haben  
20 wir mit dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz eine moderne Rechtsgrundlage für die dringend  
21 benötigten Arbeits- und Fachkräfte geschaffen, die wir nach Deutschland einladen.

22  
23 Wir Freie Demokraten setzen auf legale Zugangswege, sowohl für vulnerable  
24 Gruppen als auch für die Arbeitseinwanderung, und auf weniger irreguläre Zuwanderung über  
25 das Asylsystem, damit Migration besser gesteuert werden kann.

26  
27 Die Bundesregierung leistet mit ihrer Unterstützung für ein neues Gemeinsames Europäisches  
28 Asylsystem (GEAS) einen wichtigen Beitrag zur Begrenzung der irregulären Migration. Die  
29 Verhandlungen über den neuen Europäischen Gesetzesrahmen müssen zügig erfolgreich  
30 abgeschlossen werden. Wir unterstützen das Dringen der FDP-Bundestagsfraktion auf die  
31 Ausweitung sicherer Herkunftsländer sowie Migrationsabkommen. Der Senat muss seine  
32 Verantwortung ernst nehmen und Fehlanreize für Migration nach Deutschland verringern,  
33 abgelehnte Asylbewerber abschieben und Verfahren beschleunigen, eine menschenwürdige  
34 Unterbringung gewährleisten und Integration fördern.

35  
36 Die FDP Hamburg fordert den Senat der Freien und Hansestadt Hamburg auf:

## 37 **1. Bezahlkarten und Sachleistungen statt Bargeld**

38 Asylbewerber sollen in Hamburg kein Bargeld mehr erhalten, sondern Sachleistungen oder  
39 sogenannte Bezahlkarten. Diese Möglichkeit eröffnet das Asylbewerberleistungsgesetz  
40 bereits. Sachleistungen könnten über die bestehenden Strukturen von Fördern & Wohnen  
41 vergeben werden, bei der Einführung von Bezahlkarten soll die Zusammenarbeit mit Banken  
42 geprüft werden. Hierdurch sollen Rücküberweisungen in die Herkunftsländer unterbunden  
43 und sichergestellt werden, dass die für die betroffenen Menschen vorgesehenen Leistungen  
44 auch bei ihnen selbst ankommen. Denn viele Asylbewerber überweisen Geld an ihre Familien

45 im Heimatland. Dies führt jedoch dazu, dass sie selbst in Deutschland unter dem  
46 Existenzminimum leben, was ihnen Teilhabe und Integration erschwert.

## 47 **2. Rückführungen durchsetzen – freiwillige Ausreise fördern**

48 Im ersten Halbjahr 2023 wurden 214 Menschen aus Hamburg in ihre Heimatländer oder in  
49 einen Drittstaat abgeschoben. Über 500 Abschiebungen wurden jedoch vereitelt, etwa weil  
50 die Menschen nicht angetroffen wurden. Wir fordern den Senat auf, Rückführungen  
51 konsequent umzusetzen. Insbesondere Straftäter und Gefährder müssen zügig abgeschoben  
52 werden. Bei gut in den Arbeitsmarkt und die Gesellschaft integrierten Ausreisepflichtigen  
53 (etwa Drittstaatler aus der Ukraine) soll ein Spurwechsel in die Arbeitsmigration vorrangig  
54 stattfinden.

55 Abschiebungen sind die aufwändigste Form der Aufenthaltsbeendigung. Durch Aufklärung und  
56 Anreize soll Betroffenen, die keine Bleibeperspektive haben, die freiwillige Ausreise als  
57 einfache und grundrechtesschonendere Möglichkeit aufgezeigt werden.

## 58 **3. Beschleunigung von Verfahren**

59 Um Verfahren zu beschleunigen, muss eine hinreichende personelle Ausstattung des Amts für  
60 Migration und der Verwaltungsgerichte insbesondere für asyl- und aufenthaltsgerichtliche  
61 Verfahren sichergestellt werden. Ziel muss es sein, die Verfahrensdauer deutlich zu reduzieren.

## 62 **4. Keine Unterbringung in Sporthallen**

63 Im vergangenen Winter wurden zahlreiche Sporthallen in Hamburg als Notunterkünfte  
64 genutzt. Geflüchtete verdienen eine menschenwürdige Unterkunft, Sporthallen können  
65 jedoch oft schon die Mindestanforderungen an Hygiene und Privatsphäre nicht erfüllen.  
66 Gleichzeitig werden die Hallen im Winter für den Schul- und Vereinssport benötigt. Daher  
67 müssen andere Unterbringungsmöglichkeiten als Sporthallen frühzeitig bereitgestellt werden.

## 68 **5. Integration verbessern – Menschen aus der Ukraine und anderen Staaten in Arbeit 69 bringen**

70

71 Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine dauert immer weiter an und die Rückkehr in ihr  
72 Heimatland rückt für viele Ukrainerinnen und Ukrainer in weite Ferne. Wir wollen ihnen daher  
73 schnell die Möglichkeit geben in Deutschland auf eigenen Beinen zu stehen und sie in den  
74 Arbeitsmarkt bringen. Das gleiche gilt für Asylbewerber mit einer gewissen Bleibeperspektive,  
75 sie sollen ab dem ersten Tag eine Arbeitserlaubnis erhalten und es soll die Erwartung an sie  
76 formuliert werden, selbst zu ihrem Lebensunterhalt beizutragen. Arbeit ist ein  
77 Integrationsmotor, nirgendwo sonst lernt man andere Menschen sowie die deutsche Sprache  
78 und Kultur kennen und kann einer sinnvollen Beschäftigung nachgehen.  
79 Anerkennungsverfahren für Berufsabschlüsse müssen beschleunigt werden. Insbesondere  
80 ukrainische Erzieherinnen und Erzieher, sowie Lehrkräfte sollen auch ohne formale  
81 Anerkennung ihren erlernten Beruf im Rahmen ihrer Möglichkeiten als Hilfs- oder Vollkräfte  
82 ausüben können. Dies hilft den Betroffenen genauso wie den zahlreichen ukrainischen  
83 Kindern, die in Hamburgs Kitas und Schulen gehen.

84 Außerdem müssen ausreichend Integrations- und Deutschkurse auch online und in den  
85 Nachmittags- und Abendstunden – auch mit Kinderbetreuung - stattfinden.

## 6. Bildungschancen für geflüchtete Kinder

87 Alle Kinder und Jugendlichen haben das Recht auf Bildung. Das Hamburger System mit Basis-  
88 und Internationalen Vorbereitungsklassen ist gut gedacht, kommt aber an vielen Schulen an  
89 seine Grenzen. Wir fordern den Senat auf, die schulischen Integrationsstrukturen  
90 aufrechtzuerhalten und ein Monitoring einzuführen. Schülerinnen und Schüler können erst  
91 dann eine Regelklasse besuchen, wenn sie über ausreichend Sprachkenntnisse verfügen, um  
92 dem Unterricht zu folgen, da ihnen sonst Bildungschancen vorenthalten werden.

93 Wir setzen uns außerdem dafür ein, angegliedert an das Hamburg Welcome Center ein  
94 **Schulstart-Center** als zentrale Stelle für Familien mit schulpflichtigen Kindern nach  
95 schwedischem Vorbild zu schaffen. Dort sollen Schulerfahrung und Leistungsstand, sowie der  
96 Gesundheitszustand der Kinder ermittelt werden und Eltern über das deutsche Schulsystem  
97 und ihre Rechte und Pflichten darin informiert werden. Sie können dort auch Hilfe bei der  
98 Auswahl der richtigen Schule in Anspruch nehmen.